



Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Donhoff (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr bei Amt Donhoff 3698—3699. Telegramm-Adresse: Ullsteinbus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen: Nummer 15, Pionier-Verlag, Berlin. Preis: Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. 20 Pfennig und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

15 Pf. [Auswärts 20 Pf.] · Nr 366 · A 186

DONNERSTAG, 6. AUGUST 1931

MORGEN-AUSGABE · V

Auch die Sparkassen öffnen

Neue Notverordnung bereitet Vollzahlung vor

Die Reichsregierung hat gestern durch eine neue Notverordnung die Voraussetzungen für die Wiederöffnung des freien Zahlungsverkehrs bei den Sparkassen geschaffen. Der Kanzler hat bereits in seiner Rundfunkrede mitgeteilt, daß noch in dieser Woche Startzeit über den Termin der Schalteröffnung bei den Sparkassen geschaffen werden müsse. Zur Vorbereitung hat die neue Notverordnung den Sparkassen das Recht verliehen, Wechsel anzustellen und zu akzeptieren, das sie bisher nicht besaßen. Dadurch ist den Sparkassen der Weg zur Reichsbank über die Akzept- und Garantien geöffnet, der ihnen bisher, da sie Wechsel nicht zur Verfügung hatten und ihre Lombardfähigen Werte nicht anreichten, vergeschlossen war. Um Lage der Wiederöffnung wird jeder Sparkassensitzungs im Rahmen der Gesungen die Gelder angefordert erhalten, die er verlangt.

Mit Zug der Schalter-Öffnung hat man den kommenden Montag in Aussicht genommen, sehr gegen den Willen der Sparkassen selbst, die um festes Geld hätten, wenn sie gleichzeitig mit den Banken ihre vollen Zahlungen wieder hätten aufnehmen können. Der selbst hochgestimmte Erwartungen übererfüllende Verlauf des letzten normalen Banktages hat bewiesen, daß der Optimismus der Sparkassen gegenüber der abgelaufenen Zeit der Reichsbank im Recht war, ohne Zweifel hätten auch die Sparkassen eine Öffnung ihrer Schalter bereits am heutigen Tage ohne Schwierigkeiten überstanden. Deswegen wäre es eine ungeschickteste Bescheidenheit, wenn man lediglich aus dem Grunde, weil es nun einmal bestimmt ist, an dem Montag als Termin für die Sparkassen-Freigabe festhalten sollte. Gerade bei dem physiologischen Einfluß der Sparkassen-Tätigkeit auf die Millionen der kleinen Sparer und Gewerbetreibenden wäre jeder Zug zum Uebel, um den man eine zuwiegende Not die Öffnung der Sparkassen-Schalter hinauschieben wollte.

Selbst wenn infolge des gestauten Bedarfs in den ersten Tagen größere Mittel notwendig sein sollten, so kann doch auch bei pessimistischen Erwartungen der erforderliche Betrag nicht so groß sein, um jetzt, nach dem Ende des Bankensruns, der Reichsbank erhebliche Sorgen zu bereiten. Da die Sparkassen sich bei den Ausschreibungen an ihre Zahlungen halten werden, die bei Beträgen über 300 Mark längere oder längere Anbindungspflicht vorliegen, liegt der theoretische Höchstbetrag der Abhebungen, der in Wirk-

lichkeit wohl nicht annähernd erreicht wird, etwa um 500 Millionen Mark.

Auch die anderen Bestimmungen der neuen-Notverordnung sehen einschneidende Veränderungen vor. Die Regierung erleichtert sich nichts weniger als das Recht, die gesamte Organisation der Sparkassensystem nach ihren Grundsätzen neu zu ordnen. Sie beschließt offenbar neben einer organisatorischen Vereinfachung durch Zusammenlegung einzelner Sparkassen, die Doppelarbeit zu leisten, eine größere Disziplinierung der Sparkassen von den Kommunen, die jetzt meistens durch Personalmisstände verbunden sind.

Noch bedeutsamer ist das, allerdings nur bis auf weiteres gültige, Verbot an die Sparkassen, neue Kommunalanleihen auszugeben. Die Notverordnung regelt hier eigentlich eine Selbstverpflichtung, denn im Augenblick wenigstens fehlen den Sparkassen alle Mittel, die sie den Kommunen leihen könnten. Und sollten durch neue Einzahlungen bei den Sparkassen sich neue Gelder anhäufeln, so ist doch die Verbotsetzung ihrer Liquidität die einzige Mittel, die sie den Kommunen leihen könnten. Und sollten durch neue Einzahlungen bei den Sparkassen sich neue Gelder anhäufeln, so ist doch die Verbotsetzung ihrer Liquidität die einzige Mittel, die sie den Kommunen leihen könnten. Und sollten durch neue Einzahlungen bei den Sparkassen sich neue Gelder anhäufeln, so ist doch die Verbotsetzung ihrer Liquidität die einzige Mittel, die sie den Kommunen leihen könnten.

Wenn man die Sparkassen von den Kommunen löst, muß man allerdings den Gemeinden, die heute die schwächsten öffentlichen Wirtschaftskörper des Reiches sind, auf andere Weise neue Mittel zuführen. Die Gemeinden sind durch die Härtefälle für die Wohlfahrtsvereine über ihre Kraft belastet. Die Folgen dieses untragbaren Zustandes mildert man jetzt dadurch, daß man ihnen noch die letzten Quellen speert, indem man ihnen die Sparkassen, die nun einmal gegen die Gemeindefinanzen herbeizugeln, dazu geeignet sein könnte, einen Teil dieses Mißtrauens auch auf die Sparkassen unbedingterweise überzutragen.

Den Text der Notverordnung veröffentlicht wir bei dritten Seite.

Brünnings Gruß an Rom

Vor der Abreise nach Rom hat Reichskanzler Dr. Brüning dem Wossifchen Telegraphenbüro folgende Erklärung zur Verfügung gestellt:

„Meinen Kollegen, dem Herrn Reichsminister des Auswärtigen, und mit ihm eine besondere Freude, die Reise nach Rom anzutreten und so Gelegenheit zu finden, den hervorragenden Chef der italienischen Regierung persönlich kennenzulernen. Ein Besuch in Rom hat mich sehr erfreut, daß alle politischen und wirtschaftlichen Italiens in diesen Tagen von dem Gefühl erfüllter Verantwortung für Europas Freiheit und wirtschaftliche Wiederbelebung getragen wurde, sein Ziel, in denen Deutschland und Italiens Interessen sich durchaus begegnen. In diesem Sinne möchte ich bei der Hoffnung auf einen harmonischen und erfolgreichen Verlauf der bevorstehenden ausnahmslos und freundschaftlichen deutsch-italienischen Beziehungen Ausdruck geben.“

Amerikas Banken einig

In der Stillehaltungsfrage

Wie aus den im gestrigen Abendblatt wiedergegebenen Meldungen hervorgeht, konnte in der Stillehaltungsfrage nach langwierigen Verhandlungen eine grundsätzliche Übereinstimmung auf den amerikanischen Banken erzielt werden. Zumutige wird über die gestrige Sitzung

des zur Prüfung der Frage eingeladenen amerikanischen Bankerskongresses aus New York besteht, daß man sich auf einen Plan zur Durchführung der Vorschläge des Reichsbank-Präsidenten Dr. Luther geeinigt habe. Der Plan sieht jedoch einige Abänderungen von den ursprünglichen Anregungen des Reichsbank-Präsidenten vor.

Man kann annehmen, daß es sich hierbei in erster Linie um gewisse technische und bankrechtliche Voraussetzungen handelt, die geklärt werden müssen, und die ihren Ursprung in der Reichsbankbestimmungen des Federal Reserve-Systems haben. Das Wesentliche scheint jedoch zu sein, daß die amerikanischen Banken grundsätzlich bereit sind, in diesem Rahmen die Stillehaltungs-Aktion zu unterstützen, wenn auch in der Auswahl der zu erneuernden bzw. zu verlängerten Kredite gewisse Vorbehalte gemacht werden dürften.

Berkeinerung des Landtags

Festlegung einer Höchstzahl?

In preussischen Regierungskreisen wird die Verminderung der Zahl der Abgeordneten für notwendig gehalten, vor allem aus finanziellen Gründen. Gedacht ist an eine Festlegung einer Höchstzahl von 300 bis 350 Bundestagsgliedern, während bisher auf je 40 000 Wahlstimmen ein Abgeordneter entfiel, was bei starker Wahlteilnahme dazu führen könnte, daß der Preussische Landtag auf 200 Abgeordnete answähle.

Romfahrt

Gestern Abend gegen 10 Uhr begannen Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsminister Dr. Curtius mit ihren Begleitern die Besuchsreise nach Rom. Auf dem Anhalter Bahnhof brachen das Publikum ihnen freundliche Abschiedskundgebungen dar.

Am 12. März 1922, kurz vor der Konferenz von Genoa, die der erste und mißglückte Versuch eines paneuropäischen Kongresses war, hielt sich Mussolini in Berlin auf. Es war eine politische Einführung des Oberleiters des „Fascismo di Italia“. Zu den Berufslieferanten, bei denen er sich über die Strömungen und Richtungen im neuen Deutschland zu unterrichten suchte, gehörte auch Stresemann. Es war die erste und letzte Begegnung zwischen dem damaligen Führer der kleinen sozialistischen Gruppe im monarchistischen Italien, der sein republikanisches Ideal in einer neuen Zukunft zu verwirklichen hoffte, und dem Führer der Deutschen Volkspartei in der deutschen Republik, der in jener Zeit noch für die Wiederherstellung einer demokratischen Monarchie nach englischem Muster plädierte. Ein halbes Jahr später, nach dem Marz in Rom, bei dem er auf königliche Anordnung keinen bewaffneten Widerstand der Staatsmacht begegnete, war Mussolini Diktator Italiens. zehn Monate nachher übernahm Stresemann die Führung der Reichspolitik.

Den persönlichen Meinungsaustausch, den die Parlamentarier führten, haben die Staatsmänner nicht mehr vergessen, obwohl auf beiden Seiten der Wunsch bestand, wieder einen zusammenfassenden „Rückblick“ hat ihm mehrfach auch in förmlichen Einladungen, Ausdruck gegeben. Und Stresemann, der von Italien nur die Riviera kannte, hat Rom persönlich gesehen, hat einmal, fünf Jahren 1928, seinen Besuch in höhere Aussicht gestellt. Er der häufig darüber klagte, daß der Deutsche die auswärtige Politik nur durch die gefärbte Parolebille sehen könnte, fürchtete aber, weiterzugehen zu werden.

Die ersten Entwürfen über Locarno hatten die Rechte an Vorklagen gegen Stresemanns außenpolitischen System ermöglicht. Nicht ohne gewisse rechtlich unangenehme nationalsozialistische Bewegung, die von Mussolini das fälschliche und die Seite des Staates entlehnten, schmiedete für die Verberichtigung mit den sozialistischen Italiern. Auch die deutschen Nationalen, die als wackelhafteste Parlamentarier in Rechnung zu stellen waren, drängten darauf, daß der außenpolitische Kurs nach Rom abgedreht werde. Da sie mit dem diktatorischen Regime Italiens sympathisierten und nur den einen Wunsch hatten, es recht bald in Deutschland nachahmen zu können, ließen ihnen ein enges Zusammengehen mit dem sozialistischen Italien auch auf dem Terrain der internationalen Politik selbstverständlich und der Weisheit letzter Schluss. Deshalb Parteipöple, die über Stresemanns vermeintliche Reichsliquidität und sentimentale Schwäche höhnten, war jede Äußerung des Duce über eine Revision der Friedensverträge nicht nur eine Beschuldigung, sondern auch die Erfüllung aller Wunschträume, Stresemanns persönliche Zurückhaltung über eine Politik der „unwiederbringlich verpassten Gelegenheiten“.

Stresemanns Weltanschauung konnte sich mit einer Diktatur, in welcher Form immer, nicht befremden. Aber ebenförmig, wie seine tiefe innere Abneigung gegen den Kommunismus ihn daran gehindert hat, das Abkommen von Rapallo durch den Vertrag von Berlin zu ergänzen und zu verbreitern, hat er sein Verhalten gegenüber Italien durch seine historische Gewandtheit und seinen Willen lassen. Er hat den Wert des italienischen Staats im internationalen diplomatischen Spiel keineswegs so unterschätzt, wie seine Gegner behaupteten. Aber er hat nicht immer und fleißiger als sie die begrenzten Möglichkeiten eines deutsch-italienischen Zusammengehens gesehen. Ihm wäre die scharfe Ablehnung des Planes einer deutsch-italienischen Zollunion durch Italien seine Lieberzeugung gewesen, weil er wie daran angeknüpft hätte, daß Italien, wenn auch aus anderen Motiven als Frankreich, das gleiche Interesse an der Erhaltung des status quo habe, der auf dem Gebiet der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie die Verträge von St. Germain und Neuilly geschlossen worden ist, das Interesse an einem schwachen, lebensunfähigen und abhängigen Österreich, das im Falle eines italienisch-jugoslawischen Konfliktes wehrloses Durchmarschgebiet für italienische Truppen werden könnte.

Stresemann hat die italienischen Probleme Italiens verstanden. Trotz der hohen Auswanderungszahlen (nahezu 10 Millionen Italiener leben im Ausland, davon 4 Millionen